

7/8

1967 · FRANKFURTER  
STUDENTENZEITUNG

17. JAHRG. NOV./DEZ.

Preis 1.- DM Studenten 30 Pf

D 2442 F

# DISKUS

## Faschistische Methoden

Professor Spuler (Hamburg) u. a.: „Ihr gehört alle ins Konzentrationslager.“

Traditionell projiziert man den Faschismus in die antifaschistischen Kritiker; erinnert man sich, daß vor Jahren schon ein Dufhues die Gruppe 47 als Reichsschrifttumskammer beschimpft hat, erinnert man sich, daß ein H. v. Brentano Brecht unterstellte, das Horst-Wessel-Lied habe auch von ihm stammen können. Heute geht der Vorwurf an studentische Demonstranten, sie bedienten sich faschistischer Methoden, verhielten sich wie SA-Rollkommandos und dergleichen, immer leichter von der Zunge. Auf der Buchmesse vereinigte sich das Haus Springer mit seinen liberalen Kritikern. Von der ZEIT über die Frankfurter Rundschau bis zu den originären Springerprodukten denunzierte man die Antispringerdemonstrationen als faschistisch. Ohne Theorie, wie sie noch den Habermas'schen Faschismusverdacht auszeichnete, soll diese Kennzeichnung eine politische Bewegung treffen, die, weil sie gesellschaftliche Veränderung wie die Enteignung Springers in provokativen Aktionen fordert, zunehmend politische Resonanz findet.

Die außerparlamentarische Linke wird so begrifflich von der NPD nicht mehr unterschieden, deren bedrohliche Fortschritte zudem noch auf ihr Konto gehen sollen. Daß die Radikalen von links und rechts sich gegenseitig in die Hände arbeiteten, indem sie die Demokratie der Mitte angriffen, läßt die traumatischen Erfahrungen der Weimarer Zeit wiederaufleben. Die Totalitarismustheorie reaktiviert Angst vor dem Untergang im Chaos der Politik und stützt die Versuche des Parteienstaats ab, sich gegen jede politische Unruhe durch Notstandsgesetze zu sichern.

Pathologische Angst vor politischen Bewegungen, die aus dem gesellschaftlichen Dunkel und dem Dunkel der eigenen unterdrückten Wünsche kommen, ist der emotionale und politische Lernerfolg aus der Machtergreifung des Faschismus. Der bürgerliche Staat, der in der Weimarer Republik zu schwach war, um den organisierten Faschismus unter dem Daumen zu halten, identifiziert heute demonstrierende Radikalität, die „auf der Straße“ Politik macht als faschistischen Mob, weil auch die Faschisten von der Straße kamen. Als die Dunlop-Arbeiter in Hanau den Streik nicht nur beschlossen, sondern auch durchführten, sprach Werksdirektor Schneider gleich von der Herrschaft des Mobs. Was heute auf der Straße demonstriert oder Veranstaltungen stört, bricht für das herrschende unpolitische Bewußtsein genauso von außen in das ruhige bürgerliche Leben ein wie die Nazis auch. Gesellschaftliche Unruhe jeder Art ruft die Erfahrung des Untergangs in der Barbarei wach, in deren Ordnung, Ruhe und Sauberkeit man sich nur am Anfang hat wohlfühlen können. Da stört es nicht, daß die Analogie nur mit Gewalt hergestellt werden kann, gleichsam in intellektueller Illegalität.

Den Begriff des Terrors konnte man auf eine SA anwenden, die sich mit physischer Gewalt gegen Opponenten durchsetzte. Vom Terror einer Minderheit zu sprechen, die Veranstaltungen gewaltlos stört, in denen man die gesteuerte technologische Brutalität in Vietnam rechtfertigt, ist Verschleierung und Drohung zugleich: gegen faschistische Terroristen darf man selbst terroristisch vorgehen.

„Unter der Maske des Antifaschismus“ wird so der „herrschaftspolitische Kern des Faschismus“ (W.F. Haug) beibehalten. Am klassischen Faschismus hat vor allem die irrationale Konsequenz des Vernichtungswillens und die kulturlose Methode das Bürgertum gestört, wenngleich es die Unterdrückung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen durchaus billigte. Heute sichert es sich nicht mehr mit Hilfe der Faschisten, sondern mit eigenen, „zivilisierten“, jedoch immer noch autoritären Mitteln ab. Der Faschismus wird nur als eine falsche Methode der Herrschaftssicherung begriffen, die man billig verurteilen kann, ohne seine In-

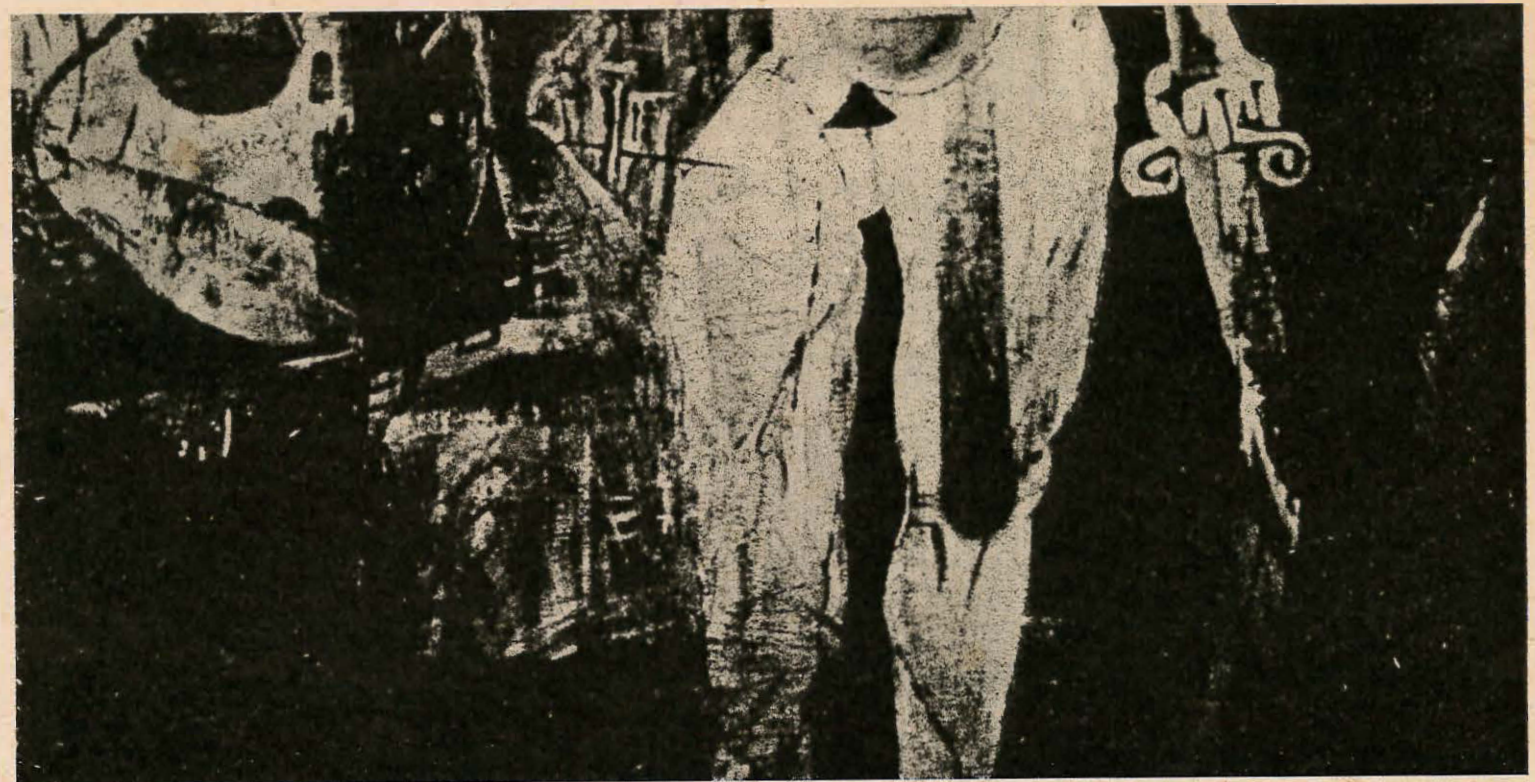
Fortsetzung Seite 2



Menschenopfer



Abdrücken der Pistole



tragisches Ereignis



nicht mehr vom Willen beherrschte Fehlhandlung

0.55H  
4550  
\* 50

0.55H  
4550  
\* 50

0.55H  
4550  
\* 50  
15 x 100 = 15000  
13 x 150 = 19500  
14 x 150 = 21000  
15 x 150 = 22500  
16 x 150 = 24000  
17 x 150 = 25500  
18 x 150 = 27000  
19 x 150 = 28500  
20 x 150 = 30000

# Faschistische Methoden

Fortsetzung von Seite 1

halte anzugreifen und die gesellschaftlichen Interessen, die ihn stützten. Nur unter dieser Bedingung können sich auch die Liberalen einerseits z. B. mit dem Ziel der Enteignung Springers teilweise identifizieren, andererseits aber die „faschistischen Methoden“ der Antispringerdemonstrationen angehen. Den Faschismusrwurf, den man einst gegen sie selbst erhoben hatte, erheben sie ihrerseits gegen die demonstrierende Linke. Obwohl sie mit der autoritären Manipulation durch die Springerpresse auch nicht einverstanden sind, wollen sie dennoch die „versachteten“ d. h. entpolitisierte Sphäre politischer Auseinandersetzung nicht verlassen, aus pathologischer Furcht vor gesellschaftlicher Veränderung. Daher können sie auch den objektiven Sinn des Faschismusrurfs nicht begreifen. Er lenkt nämlich von dem faschistischen Potential ab, das in ihrer Arbeit selber steckt und verstärkt in den etablierten Parteien. Damit ist nicht nur gemeint, daß die Interpretation der Demonstrationen der Linken selber faschistoide Züge trägt. Die Theorie von den Rädelsführern nämlich, die unpolitische Massen von Studenten verführten, unterschlägt deren Ansätze herrschaftsfreier Organisationsformen, die Politik als Monopol von Führern gerade abschaffen wollen.

Vielmehr ist gemeint, daß die herrschenden Parteien die überlieferten faschistischen Formen der Mobilmachung übernehmen. Eher ist es eine faschistische Methode, die ganze Gesellschaft in der Vorbereitung auf einen Krieg zu harmonisieren, mit Sicherstellungsgesetzen vom Einsatz der Produktionsmittel bis zum

Einsatz der Arbeitskräfte alles bürokratisch bestimmen zu wollen, als die Fassade des Amerikahauses in Berlin mit Eiern zu bewerfen. Die ohnmächtige Opposition muß auch deswegen gewaltlos sein, weil sie gegen die konzentrierte Gewalt von Polizei und Justiz (nach Verabschiedung der Notstandsgesetze auch der Bundeswehr) machtlos ist. Diese Repressionsmaschine ist zu Terror bereit wie der 2. Juni gezeigt hat. Gerade sie verhält sich gesetzlich und brutal gegen Menschen, während die demonstrierende Linke allenfalls die Verkehrsregeln übertritt, polizeiliche Auflagen oder die Regeln des „guten Geschmacks“ und des guten Benehmens. Als machtlose Geste des Protests zerreißen sie Literaturbeilage und Prospekte der WELT, aber nur in der Pathologie eines Kurras und der Springerpresse läuft sie mit Messern herum. Schmitz dagegen, der geschäftsführende CDU-Landesvorsitzende in Berlin, hält Prügel für ein legitimes Mittel gegenüber Andersdenkenden. Er legitimiert 1967 wieder den Terror des „gesunden Volksempfindens“. Und sogar ein so unendlich gütiger und geistvoller Sozialdemokrat wie Carlo Schmid schlug für potentielle Störenfriede der Notstandshearings vor: „Wir sollten in einem Nebenraum ein Schnellgericht installieren und Unruhstifter sofort aburteilen lassen“.

Die Bekämpfung des Faschismus und die leere Beteuerung, man müßte dafür Sorge tragen, daß es nie wieder so weit kommen könne, wird auf eine wertlose antifaschistische Minderheit bezogen, ähnlich wie die Faschisten selbst ihren Antikapitalismus in Antisemitismus umfunktionierten. Und das in einem Moment, wo die Praxis des Staatsapparats (2. Juni) selbst faschistische Züge trägt.

Diese faschistischen Implikationen des autoritären Staats, wie er sich in der Bundesrepublik herausbildet, verstehen sich aber auch deshalb so vortrefflich zu verschleiern, weil dieser die demokratischen Formen von Rechtsstaat und Parlamentarismus, Parteien und Öffentlichkeit nicht mit Gewalt abschafft, sondern von innen auflöst. An die Stelle politischer Information ist der Wortzauber politischer Public Relations getreten, der sich wie ein Schirm vor die wirkliche Tätigkeit der Exekutiven schiebt. Die angepaßte Presse unterdrückt ebenfalls Öffentlichkeit in der Sphäre der Öffentlichkeit selbst. Aufklärende Öffentlichkeit wird als der Untergang der Demokratie denunziert.

In der Bundestagsdebatte (am 29. 4. 1964) über den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Abhör-CD/CS machte Abgeordnete der CDU/BSU (Dr. Güde und Wagner) die Presse für die Affäre verantwortlich, sprachen von „Sensationspresse“, von der „Hexenjagd gegen einen Minister von gewissen Trägern der öffentlichen Meinung, vom ‚Souterrain‘ der Illustrierten und Magazine“,

vom „Chefredakteur, der diese Affäre mit eingefädelt hat, der von sich aus einen Untersuchungsausschuß forderte“, usw. (Stenographische Berichte Band 55, S. 6013-6017). Die Abgeordneten meinten damit selbstverständlich nicht die Springer-Produkte, die alles unternehmen zu verhängen, sondern die „Zeit“ und den „Stern“, die sich durch ihre Berichte darum verdient gemacht hätten, daß Regierung und Parlament die Vorfälle nicht einfach unter den Tisch wischen konnten.

Opposition kann sich innerhalb der Dimensionen der Unterdrückung nicht halten. Entweder wird sie integriert oder ausgeschlossen. Die Opposition jedoch, die sich notwendig außerhalb der Institutionen bewegen muß, ist der Zugang zu Politik und Öffentlichkeit durch den herrschenden Parteienapparat und die angepaßte Presse versperrt, die ihre Intentionen verstümmeln und Diskussion über die Rationalität ihrer Mittel und Ziele verweigern. Gerade weil die autoritäre Mitte den Öffentlichkeitsapparat besetzt hat, muß sie zur Verschleierung ihrer eigenen Manipulation auf die Linken als Meinungsterror projizieren. Eine demokratische Opposition aber ist auf politisch fungierende Öffentlichkeit angewiesen. Die Meinungstechniker müssen jedoch schon die Ansätze politisch fungierender Öffentlichkeit bekämpfen, weil diese die Entpolitisierung als Herrschaftstechnik durchbrechen könnte. Deshalb kann die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik diese Öffentlichkeit nur durch provokative Demonstrationen zu erzwingen versuchen. Die Herrschenden, die sich weder auf eine Diskussion über den Vietnamkrieg noch auf eine über den Springerkonzern und die Notstandsgesetzgebung wirklich einlassen wollen, halten gleichwohl formell an den Prinzipien der Diskussion und Öffentlichkeit fest. Die Angemessenheit der Methoden wird ihnen zum willkommenen Alibi, die Diskussion über politische Inhalte zu verweigern. Die außerparlamentarische Opposition steckt in der Klemme, weil sie in ihren Aktionen selbst nur verstümmelt die Prinzipien diskutierender Öffentlichkeit herstellen kann. Provokative Demonstrationen, die durch Störung des Betriebs Diskussion über seine Rationalität erzwingen will, kann sich häufig selbst dieser Rationalität nicht durchgängig entziehen, auch deswegen nicht, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse selber, die der Aufklärung nähergebracht werden sollen, so kompliziert sind. Idealistisch wären aufgeklärte Diskussionszirkel, wenn sie nicht durch Go-ins, Sit-ins und Hausfriedensbruch zum Beispiel Aufklärung durch materielle Praktiken vorantreiben wollten. Rationale Kritik kann sich nicht inselhaft innerhalb der politischen Sprachlosigkeit bewahren, die auch der Faschismusvorwurf anzeigt. Weder hat die außerparlamentarische

Opposition einen Apparat, mit dem sie ihre politischen Forderungen verständlich machen könnte, noch ein aufgeklärtes Publikum. Deshalb muß sie durch provokative Slogans wie „enteignet Springer“ verklärt auf die materiellen Bedingungen von Demokratie verweisen. Im Slogan aber steckt die Irrationalität, daß er seinen rationalen Zusammenhang nicht entfalten kann. Diese Irrationalität kann sich nicht in der Sphäre bewußt provokativer Aktionen selbst aufheben. Sie ist aber prinzipiell und jederzeit in rationale Argumentation auflösbar und hat nichts gemein mit der Irrationalität faschistischer Herrschaftspraktiken. Der Vorwurf „faschistische Methoden“ unterdrückt diese Probleme oppositioneller Praxis mit Absicht. Dabei schlägt er drei Fliegen mit einer Klappe.

1. Siegt die organisierte Entrüstung über die Methoden über die Zielsetzungen der Demonstranten?  
2. Benennt man ihre objektiven Schwierigkeiten nicht, sondern skizziert den Mythos einer entschlossenen Minderheit, und  
3. Braucht man über das eigene faschistische Potential, gegen das sich die Opposition richtet, auch kein Wort zu verlieren. Vom 2. Juni braucht man nichts zurückzunehmen.

Der klassische Faschismus erscheint zudem rückwirkend als Anwendung von Gewalt gegen Literaturbeilagen und Prospekte, gegen Kunstgenuß und Häuserwände. Die Verharmlosung des wirklichen Faschismus ist ein weiterer Beitrag zur Verdrängung der Brutalität, mit der das Bürgertum vorgehen kann, wenn es seine Herrschaftspositionen gefährdet sieht. Und nicht nur Springer bezeichnet die Kampagne gegen ihn als dem Antisemitismus der Nazis ähnlich. Soll etwa die entfesselte Gewalt, die Millionen von Juden Tod und Verstümmelung eintrug — als Vernichtung fiktiver Unterdrückter —, der Enteignung eines privaten kapitalistischen Machthabers vergleichbar sein, die nicht unzähligen Menschen das Leben kosten würde, sondern der ökonomischen Basis der Unterdrückung mit den Mitteln systematischer Volksverdummung?

Der Vorwurf faschistischer Methoden der linken Demonstranten, wie ihn auch jüngst der Frankfurter Rektor Rüegg noch vor einem Go-in bei Carlo Schmid erhob, ist gezielte Verschleierung des wirklichen Faschismus, seiner Methoden wie seiner Ziele. Er hat eine intellektuelle Gewalt, die der Gewalt von Wasserwerfern und Knüppeln gleicht, die er rechtfertigt. Der Faschismusvorwurf diskutiert nicht, sondern schlägt zu. Mit „geistigen“ Mitteln soll er die Demonstranten schon auseinandertreiben, bevor sie demonstrieren, ganz im Sinne Barzels, der kürzlich sagte, man müsse die Radikalen „in die Ecke stellen“ und „— geistig jedenfalls — hochprügeln“: Die rechtsstaatliche Variante des weit verbreiteten Wunsches nach Arbeitslagern, Ausweisung und Konzentrationslagern für Opposition. **DISKUS**

- S. 4 B. T.: Vegetativ-labiler Freispruch Th. W. Adorno: Erklärung zum Kurras-Prozeß
- S. 5 Wolfgang Streck: AStA-Ziel: Öffentlichkeit
- S. 6 E. Th. Mohl: Dietz, der Freisprecher
- S. 7 Peter O. Chotjewitz: Ärkelnung
- S. 9 Stephan Leibfried/Rüdolph Bauer: Schule für Untertanen
- S. 10 M. Lukasik: 2. DK der AUSA
- S. 11 Michael H. Wolf: Technokratische Universalität 1970
- S. 14 f. I.: Wer nicht spurt, fliegt raus
- S. 15 Diskus versus FAZ
- S. 21 Wolf Wondratschek: Hommage à Alfred Jarry
- S. 22 Jürgen Ploog: Schwarzer Kaffee
- S. 23 Wolfgang Schmidt: Bemerkungen zu meiner Arbeit (Rückseite)
- S. 7, 12, 19, 20: Rezensionen

# Wissenschaft zerstört?

Wissenschaftliche Stellungnahme von 18 Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fächer Soziologie und Philosophie zu Äußerungen des Rektors.

Professor Rüegg: „Die Wissenschaft wird dadurch zerstört, daß die Begriffe nicht richtig angewandt werden.“

Am 20. 11. 1967 veranstaltete der SDS ein Go-in in die Vorlesung von Carlo Schmid, um eine Diskussion über die Notstandsgesetze zu erzwingen. Diese Aktion bezeichnete der Rektor schon vor ihrem Beginn als „Einübung faschistischer Terrormethoden“ und nahm sie dann zum Anlaß, den SDS wegen Hausfriedensbruch und Nötigung als studentische Organisation von der Hochschule zu suspendieren. Urteil und Maßnahmen des Rektors stützen sich ausschließlich auf formale Kriterien.

Politiker und Wissenschaftler haben den Faschismus lange Zeit undifferenziert unter dem Modell des Totalitarismus begriffen. Jedoch schon seit den zwanzig Jahren erwiesen historische Analysen, daß eine nur an formalen Kriterien orientierte Definition irreführend ist<sup>1</sup>. Als Faschismus formiert sich die bewaffnete restaurative Reaktion auf eine konkrete historische Situation, in der die sozial-ökonomischen Spannungen die bestehenden Machtverhältnisse und ihren institutionellen Rahmen sprengen. Gegen strukturelle Veränderungen, die eine freie und sozial gerechte Gesellschaft herbeiführen könnten, mobilisieren die faschistischen Bewegungen autoritäre, kleinbürgerliche Ressentiments. Diese lassen sich einerseits für die Erhaltung und Verhärtung undemokratischer Verhältnisse, nicht zuletzt für großkapitalistische Interessen, einspannen und werden andererseits beim Aufbau paramilitärischer Organisationen als Mittel der Integration benutzt.

Wenn der Rektor dennoch aufgrund einer ahistorischen Betrachtungsweise den Faschismusvorwurf erhoben hat, so ist er entweder als Soziologe über den Stand der wissenschaftlichen Diskussion nicht informiert oder er setzt sich dem Verdacht aus, wider besseres Wissen ein verpökratisches Vorurteil zur Verschleierung unpopulärer Absichten zu benutzen.

Das Stereotyp vom linken Faschismus ist, nachdem illegitimweise von den Zielen des SDS abstrahiert wurde, auf die Methoden gemünzt. Doch selbst von diesem bornierten Standpunkt

aus erweist sich die Verwendung des Faschismusbegriffes als unzulässig.

Faschistische Methoden zielen darauf ab, Minderheiten in Angst zu versetzen und schließlich physisch zu vernichten, um bei der Mehrheit die Bereitschaft zu blinder Akklamation zu erzeugen. Die Methoden des SDS dagegen, die im Detail durchaus kritisch diskutiert werden sollen, wollen eine rationale Diskussion überhaupt nicht in Gang bringen und die Träger von Herrschaft dazu herausfordern, sich zu legitimieren oder mangels Legitimation auf ihre Privilegien zu verzichten. Angst können diese Methoden nur bei jenen erzeugen, die als Inhaber von Herrschaftspositionen weder in der Lage noch willens sind, ihre Positionen und ihr Handeln zu legitimieren.

Der Soziologe Rüegg müßte wissen, daß die organisatorische Struktur des SDS, das demokratische Verhältnis zwischen Mitgliedern und gewählten Vorständen, die Öffentlichkeit der Sitzungen und seiner Organe und der Verzicht auf das Mitgliedsprinzip bei Diskussionen und Aktionen der Gruppe, nichts gemein haben mit dem Führerprinzip und der hierarchischen Struktur von Organisationen, die die Einübung faschistischer Methoden praktizieren.

Der Rektor hat es weiterhin für richtig gehalten, die Aktionen des SDS als „Terror“ zu klassifizieren. Terror ist der Gegenbegriff zu den Grundlagen demokratischer Rationalität; er sollte deshalb nur in diesem Sinne gebraucht werden.

Wir nehmen also an, der Rektor habe, als er von „Terror“ sprach, nicht die Diffamierung eines Studentenverbandes, sondern die präzise Bezeichnung eines politischen Phänomens im Sinne gehabt. Welche Verletzung demokratischer Grundrechte hätte er meinen können? Vermutlich bezog er sich auf die Rede- und Wissenschaftsfreiheit.

Doch auch für diesen Fall kann Prof. Rüeggs Terminologie nicht ernst genommen werden. Denn seinen eigenen wissenschaftlichen Maßstäben gemäße hätte der Rektor wissen oder sich vergegenwärtigen müssen, daß in der soziologischen und in Teilen der verfassungsrechtlichen Literatur die bürgerlichen Freiheitsrechte eine sozialstaatliche Umdeutung erfahren haben, die sie auf bestimmte Veränderungen der industriegesellschaftlichen Sozialstruktur stützt. Nach dieser Theorie können

bürgerliche Freiheitsrechte nur noch als sozialstaatliche Teilhaberrechte ihren angestammten Sinn erfüllen, den Bürger vor irrationaler Gewalt und unbegriffenem Zwang zu schützen.

Dieser Theorie zufolge enthält das Grundrecht der Redefreiheit nicht mehr das Recht z. B. von Politikern, nur hinter den verschlossenen Türen der Großen Koalition zu reden und im übrigen zu *schweigen*. Redefreiheit garantiert vielmehr das Recht des Bürgers auf die praktische Herstellung von uneingeschränkter funktionierender politischen Kommunikationsprozessen und die Teilnahme an ihnen. Ebenso bedeutet Wissenschaftsfreiheit nicht mehr nur das Privileg der Ordinarien, frei vom staatlichen Eingriff autonom zu bestimmen, was Inhalt von Lehre und Forschung sein soll. Wissenschaftsfreiheit garantiert darüber hinaus den Anspruch der Studenten, die Entscheidungsgründe dafür zu erfahren und zu diskutieren, was Inhalt von Forschung und Lehre sein soll und weshalb bestimmte Inhalte aus Lehre und Forschung ausgeklammert bleiben sollen. Die Rechte, die in diesem — theoretisch zu Genüge ausgearbeiteten<sup>2</sup> — Begriff der sozialen Demokratie enthalten sind, haben die Studenten praktisch wahrzunehmen versucht.

Der Rektor ist nicht gehalten, dieser Theorie zuzustimmen; er kann sie wissenschaftlich kritisieren. Ihm muß aber bekannt sein, daß diese Theorie und die von ihr geforderte Praxis dem Zentrum der demokratischen Tradition entstammen. Die offensichtliche Unkenntnis hier von führte ihm zum falschen Gebrauch des Begriffes Terror. In einem präziseren Sinne könnte der betroffene Studentenverband den Vorwurf des Terrors, nämlich des administrativen, gegen den Rektor wenden.

Ein Gespenst geht um in Deutschland — das Gespenst des Linksfaschismus. Gegen die unreflektierte Verwendung derartiger Begriffe,

gegen die Diffamierung unbequemer Minderheiten protestieren wir mit aller Entschiedenheit. Ein ehemaliger Bundeskanzler spricht ungeniert in nationalsozialistischem Jargon von „Entartung“; seine Magnifizenz von faschistischem Terror dort, wo kritische Studenten ihre Lehrer zu rationaler Diskussion provozieren. Wir weigern uns, die Äußerungen des Rektors und die aus ihnen resultierenden Entscheidungen zu akzeptieren. Sie sind dazu angetan, davon abzulenken, den Terror dort zu sehen, wo er wirklich ausgeübt wird — mit tödlichen Pistolenschüssen und autoritärer Beschneidung uneingeschränkter Meinungsäußerung.

- Dr. E. Berger Dipl. Soz. E. Mayer
- Dr. J. Beckmann Dipl. Kfm. E. Mohr
- Dipl. Soz. H. Berndt Dipl. Soz. C. Offe
- Dipl. Soz. U. Billerbeck Dr. J. Riltser
- Dr. G. Brandt Cand. phil. X. Rajewsky
- Dipl. Soz. M. v. Freyhold Dipl. Soz. P. Schafmeister
- Dipl. Ing. I. Hofmann Dr. A. Schmidt
- Dipl. Soz. K. Horn Dipl. Ing. R. Schmidt
- Dipl. Soz. U. Jaerisch Dipl. Ing. D. Wetzel

<sup>1</sup> Eine Einführung in Soziologie und Geschichte des Faschismus geben: F. L. Neumann, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism, Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Spezialstudien und weitere Literaturhinweise sind in den Heften 30, 32, 33 und 41 der Zeitschrift „Das Argument“ enthalten. Zum Totalitarismus-Begriff vgl. Lange, Politische Soziologie.

<sup>2</sup> Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit ders. et al., Politische Beteiligung — ein Wort an sich?, in „Student und Politik“; Neumann, The Democratic and the Authoritarian State. Zum Problem der Wissenschaftsfreiheit vgl. Nitsch et al., Hochschule in der Demokratie pp. 148-239.

Dieser Ausgabe liegt ein Bestell-Prospekt der Zeitschriften **TIME** und **LIFE** bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung Erscheint zweimal wöchentlich.  
Herausgeber: Ursula Rühle, Ulrich Erlenbrecht, Hartmut Holzapfel, Andreas Schröder, David H. Wittenberg.  
Redaktion: Antonia Grünberg, C. Rainer Roth, Franz-Joachim Gaber, Hans-Peter Rieme, Detlev Clausen  
Redaktionsgeschäftsführer: Franz-Joachim Gaber  
Verlagsleiter: Werner Fritzsche  
Anzeigen: Werner Dömming, Roland Scholten  
Vertrieb: Eckhard Sachse  
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main, 1. Oderstraße 26-28, Telefon (069 11) 7 70 64 31 88  
Konten der Zeitung: Deutsche Bank AG, 240/9647, Dresden 28, Ffm. 2803 115, Postfach 1875 88.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.  
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion.  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. September 1967.  
Abonnementbestellungen zum Preis von DM 6,- jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.  
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.  
Druck: Grawo-Druck, 605 Offenbach am Main, Schäferstraße, 12, Telefon 81 15 18.